EVP-Nationalrätinnen
Maja Ingold ZH maja.ingold@parl.ch 079 339 23 22
Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Sessionsbericht
Nr. 7 / Frühling 2012

Liebe Leserinnen und Leser

Zehn Tage vor jedem Sessionsbeginn, werden wir zwei Nationalrätinnen vom EVP-CH Parteipräsidenten Heiner Studer, dem Zentralsekretär Joel Blunier und dem Kommunikatinsverantwortlichen Nik Hari zu einer mehrstündigen Vorbereitungssitzung eingeladen. Nik Hari erarbeitet hiefür jeweils eine sehr fundierte und hilfreiche Dokumentation zu den wichtigsten Geschäften aus Sicht der EVP Schweiz. Im konzentrierten und spannenden Gedanken-und Meinungsaustausch erarbeiten wir gemeinsam die Strategien zu den bevorstehenden Geschäften. Wir danken der Parteispitze auch an dieser Stelle herzlich für diese unverzichtbare und wertvolle Unterstützung unserer Parlamentsarbeit.

Einheitliche Bussenordnung bei Cannabiskonsum

Mit einer Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes hat der Nationalrat ein Bussensystem für Kiffer ab 18 Jahren eingeführt: Wenn ein Kiffer mit weniger als 10 Gramm Cannabis auf sich erwischt wird, kann er mit 200 Franken gebüsst werden, wird aber nicht mehr angezeigt. Die Debatte im Nationalrat wurde sehr emotional geführt. SVP und BDP scheiterten mit einem Nichteintretensantrag, setzten sich aber bei der Höhe der Busse durch. Sie kippten auch den Ermessensspielraum für Polizisten, in leichten Fällen von einer Busse abzusehen. Damit verschärften sie de jure die Sanktionen für Kiffer.

Für uns steht im Vordergrund, dass der Konsum verboten bleibt und das Verbot durchgesetzt wird. Es muss wieder deutlich werden, dass bekifft sein nicht ok, sondern auf lange Frist für die Betroffenen und ihr Umfeld schädlich ist. Deshalb unterstützten wir den Vorschlag der CVP, wonach der Konsum von Cannabis bei Erwachsenen ab 18 Jahren künftig mit dem einfacheren Ordnungsbussenverfahren statt mit einem Strafverfahren geahndet werden soll. Im Gegensatz zu einem Strafverfahren, das mitunter erst nach einigen Jahren zu einer Busse führt, werden Ordnungsbussen oft an Ort und Stelle bezahlt und schmerzen sofort. Damit es aber auch spürbar schmerzt, haben wir den Antrag unterstützt, die Busse auf 200.- festzulegen. Die Kommission schlug 100.- vor, ein Antrag aus den Reihen der Grünen nur 50.-. Die EVP will, dass das geltende Cannabisverbot konsequent durchgesetzt wird. In der Hoffnung, dass das mit den einfachen und rasch aussprechbaren Ordnungsbussen besser gelingt, unterstützten wir die Neuerung. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

IN DIESEM BERICHT

Cannabiskonsum – Bussenordnung 1
Zwangsheiraten - Massnahmen 2
Parteienfinanzierung - Transparenz 2
Christl. Symbole – Zulässigkeit 2
Aussenwirtschaft - Bericht 3
Raumplanung – Durchbruch 4
Gespräche Wandelhalle 4
Waldflächenpolitik 5
Familie in der Verfassung 5
Weitere Beschlüsse NR 6
Neue EVP Vorstösse 6

Massnahmen gegen Zwangsheiraten

In der Schweiz sollen Zwangsheiraten nicht mehr toleriert werden. Künftig soll das Zivilstandsamt prüfen, ob Hinweise darauf bestehen, dass das Gesuch um Eheschliessung nicht dem freien Willen der Verlobten entspricht. Stellen sie die Ausübung von Zwang fest, werden sie zur Strafanzeige verpflichtet. Weiter soll eine Ehe für ungültig erklärt werden können, wenn sie nicht aus freiem Willen der Ehegatten geschlossen wurde oder wenn der Mann oder die Frau noch minderjährig ist. Schliesslich werden Zwangsheiraten ausdrücklich unter Strafe gestellt.

Entsprechende Anpassungen in sechs Gesetzen hat der Rat gutgeheissen. Als starkes Zeichen gilt ein neuer Artikel im Strafgesetz: Wer jemanden zu einer Ehe zwingt, soll mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft werden können. "Damit bringen wir zum Ausdruck, dass Zwangsverheiratung ein Verbrechen ist", sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga. Wichtig ist neu der Grundsatz, dass sämtliche Voraussetzungen für eine Eheschliessung ausschliesslich nach Schweizer Recht beurteilt werden. Die SVP stimmte in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz. Es wurde jedoch mit 128 zu 51 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Zu Massnahmen über den konkreten Schutz und die Beratung von Opfern legt der Bundesrat im Sommer einen Bericht vor. Marianne Streiff hat, wie bereits in der Kommission, einen Minderheitseintrag eingebracht, der gleichlautend an verschiedenen Stellen die Behörden beauftragt hätte Massnahmen für die Beratung und den Schutz der Opfer von Zwangsheiraten zu ergreifen.

Der Antrag wurde relativ knapp mit einem Stimmenverhältnis von 94 zu 82 Stimmen abgelehnt. Der Einsatz gegen Zwangsheiraten ist der EVP ein wichtiges Anliegen.

Aus dem Votum von Marianne Streiff

Der Wortlaut meines Minderheitsantrages ist kurz, prägnant und klar: "Die Behörden treffen geeignete Massnahmen für Beratung und Schutz der Opfer." Eine Zwangsverheiratung ist eine schlimme Verletzung der Menschenwürde. Deshalb gehören zu den Aufgaben der öffentlichen Hand nebst der Aufklärung und Sensibilisierung auch die Hilfeleistung im Einzelfall in Form von Beratung und Opferschutz. Stellen Sie sich einmal konkret vor, was abläuft, wenn eine Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Heirat nicht einverstanden ist, und die Behörde nicht entsprechend reagiert! Die betroffene Person wagt sich kaum mehr in ihr Umfeld zurück, und die Folgen für sie können gefährlich sein. Da ist es ganz wichtig, dass rechtzeitig interveniert wird. Man darf nicht warten, bis die Situation eskaliert. Mit diesen Ergänzungen enthält die Vorlage nicht nur wirksame Massnahmen gegen Zwangsheiraten, sondern sie stellt auch den Schutz und die adäquate Beratung der Opfer sicher. Ich bitte Sie deshalb, die betreffenden Minderheitsanträge zu unterstützen.
Link Votum Marianne Streiff.

Offenlegungsstelle für die Parteifinanzen

Wir EVP-Nationalrätinnen unterstützten eine parlamentarische SP-Initiative, die insbesondere Transparenz zu Spenden von mehr als 10'000 Franken forderte. Die Schweiz müsse bei der Parteienfinanzierung endlich Transparenz schaffen. Dies verlange auch die Antikorruptions-Organisation Transparency International. Der Vorstoss sah vor, dass die Parteien alle drei Monate einer Offenlegungsstelle Einblick in ihre Bücher gewähren müssten. Die bürgerliche Ratsmehrheit wies den Vorwurf zurück, dass das Geld im politischen Entscheidungsprozess eine so wichtige Rolle spiele. Der Vorschlag sei zudem eine Scheinlösung, da die Offenlegung der Spenden leicht umgangen werden könne. Auch sei die Meldestelle mit grossem bürokratischem Aufwand verbunden. Die staatspolitische Kommission (SPK) habe sich wiederholt über das Thema gebeugt. Alle geprüften Vorschläge seien mit Nachteilen verbunden. Deshalb habe die SPK das Thema nicht weiterverfolgt.
Der Nationalrat hat die Initiative mit 98 zu 68 Stimmen abgelehnt.

Symbole der christlich-abendländischen Kultur sind im öffentlichen Raum zulässig

Christliche Symbole sollen in der Schweiz eine Sonderstellung erhalten. Die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann fordert mit einer parlamentarischen Initiative, dass Symbole der christlich-abendländischen Kultur im öffentlichen Raum zugelassen sind. Sie sieht diese Symbole gefährdet und beruft sich dabei unter anderem auf einen Fall eines Freidenkers, der im Kanton Luzern die Entfernung eines Kruzifixes aus einem Klassenzimmer gefordert hatte. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission hielt dies für unverhältnismässig. Die Toleranz gegenüber christlichen Symbolen im öffentlichen Raum sei nicht bedroht. Damit konnten sie sich aber nicht durchsetzen. Der Nationalrat hat, auch mit der Unterstützung unserer zwei Stimmen, die parl. Initiative mit 87 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen gutgeheissen.

Aussenwirtschaftsbericht

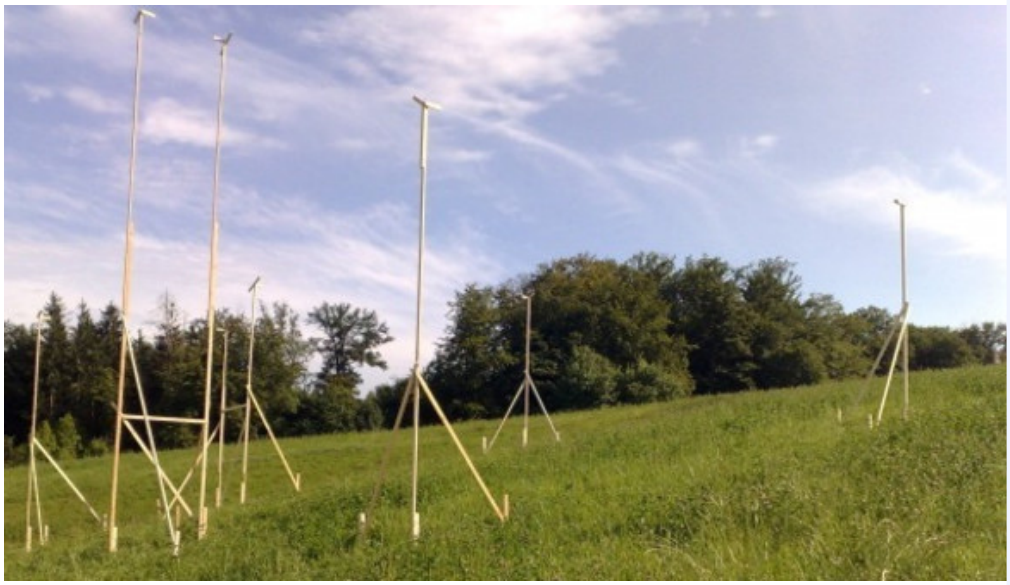
Es gibt in diesem dicken Bericht viele Informationen aber wenig bis überhaupt keine Ausführungen zum Zusammenhang zwischen Handel und Menschenrechten. Die Schweiz hat jedoch als UNO-Mitglied die Pflicht, die menschenrechtlichen Konsequenzen ihrer Aussenwirtschaftspolitik abzuklären und zu überwachen. Wir würden uns also wünschen, dass diesem Aspekt ein besonderes Gewicht beigemessen wird.
Im aussenwirtschaftlichen Bericht sind z.B. die Leitsätze der OECD für multinationale Konzerne im Wortlaut abgedruckt. Aber wir lesen überhaupt nichts über die Bedeutung dieser Leitsätze für unser Land. Es gibt zum Beispiel zahlreiche schweizerische multinationale Konzerne wie Glencore, die in Schwellenländern oder in Drittweltländern tätig sind. Es ist im Interesse von uns zu wissen:
- Wie verhalten sich die schweizerischen Multis in diesen Ländern?
- Verhalten sie sich menschenrechtskonform?
- Schützen sie dort die natürlichen Ressourcen?
- Respektieren sie die Arbeitsrechte usw.?

Das ist für uns von Bedeutung. Die Schweiz soll sich interessieren, wie sich ihre Betriebe im Ausland verhalten und ob sie den hehren Grundsätzen Genüge tun oder nicht. Im Rahmen dieses Berichts hatte der Nationalrat über verschiedene Abkommen abzustimmen, zB. mit Tadschikistan betreffend Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir wollten, dass der Bundesrat in diesem Abkommen die Ziele der Nachhaltigkeit, des sozialen Dialogs und der Korruptionsbekämpfung verankert, doch die Mehrheit des Rates akzeptierte das Abkommen mit 117 zu 54 Stimmen so wie es war.

Endlich Durchbruch bei der Raumplanung

Heute sind zwischen 17 bis 24 Prozent der Bauzonen in der Schweiz nicht überbaut. Und jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter überbaut. Die Befürchtung einer Zersiedelung, die unsere Landschaft, zusammenhängende Erholungsgebiete und unverbaute Natur zerstört, ist real. In der letzten Session der Legislatur beriet der Nationalrat erstmals über einen Entwurf zu einer Revision des Raumplanungsgesetzes. Dabei mussten die Landschaftsschützer und Besorgten über die drohende Zersiedelung sämtliche Forderungen preisgeben und sahen sich vor einem Scherbenhaufen, der alle geplanten Korrekturinstrumente wieder ausschied im Raumplanungsgesetz, das als Gegenvorschlag die Landschaftsinitiative überflüssig machen würde. Nachdem der Ständerat in seiner folgenden Session die wichtigen Pflöcke wieder einschlug und nun auch im NR eine leicht grünere Zusammensetzung der Ratsmitglieder durchschlägt, gewannen wir die wichtigsten Eckpunkte und atmeten mit jedem wichtigen Artikel auf. Die Zersiedelung will man mit klaren Vorschriften bekämpfen.

Die Kantone werden verpflichtet, die Planungsmehrwerte abzuschöpfen mit einer 20% Abgabe. Das heisst: wenn ein Stück Land zur Bauzone wird und an Wert gewinnt, muss der Besitzer beim Überbauen oder Verkaufen etwas abgeben. Die Abgabe soll dazu verwendet werden, Planungsverlierer (bei Auszonungen von überdimensioniertem Bauland) zu entschädigen. Das wird passieren, weil die Kantone mit dem revidierten Gesetz das Bauland dem voraussichtlichen Bedarf anzupassen haben. Es wird Rückzonungen geben. Die Gegner sprachen von Sozialismus in der Bodenpolitik und denken wohl an ein Referendum. Deshalb wird die Landschaftsinitiative erst zurückgezogen, wenn das Gesetz alle Hürden genommen hat. Die Griffigkeit der neuen Gesetzgebung lässt darauf hoffen, dass der Rat zunehmend gewillt ist, Regulierungen zuzustimmen, wenn die Stärken der Schweiz auf dem Spiel stehen.



Gespräche am Rande und in der Session

Direkte Kontakte zu uns Parlamentsmitgliedern werden auf unterschiedlichste Weise gesucht und gefunden. Unzählige Einladungen von Firmen, Verbänden und Organisationen zu interessanten Anlässen sind das eine. Manche Lobbyisten besuchen uns in der Wandelhalle, wo auch während der Frühlingssession spannende Gespräche stattfanden. Eine Auswahl in Stichworten:

Termin mit CURA VIVA Schweiz, dem Dachverband der Pflegeinstitutionen.

Diskussion mit Matthias Zeller, Geschäftsführer Blaues Kreuz Schweiz über Alkoholgesetz zu den Testkäufen (Motion Ingold)

Gespräch mit Blindenorganisation

Interview mit Bundeshausjournalist betreffend Ordnungsbussen für Cannabisbesitz

Aussprache mit Travail Suisse zum Thema Mindestlohn

Mit andern Parlamentariern zum Rahmenkredit internationale Entwicklungszusammenarbeit, zum ETH-Projekt Stadt der Zukunft

Mit Vertretern zur „Swissness“ der Uhrenindustrie.

Mit der Versicherung AXA, zur 2. Säule/wie weiter BVG

Wasserversorgung im Klimawandel

Finanzierung der millionenteuren Medikamente für ganz seltene Krankheiten (Orphan diseases),

Vertreter CSI betr. Christenverfolgung im mittleren Osten

Tansfair zur Revision des Personalgesetzes

Travail Suisse: Betreuungszulage für pflegende Angehörige ;Elternzeit und Elterngeld

Während jeder Session empfangen wir Schulklassen. Ihnen stehen wir besonders gerne Rede und Antwort.

Flexibilisierung der Waldflächenpolitik

Der Wald hat schon eine grosse Bedeutung in unserem Land. Er nimmt immerhin 31 Prozent der Landesfläche ein. Der Wald hat eine multifunktionale Aufgabe. Er ist Erholungsraum, er ist ein Ort der Ruhe, er dient gleichzeitig aber auch sportlichen Aktivitäten und der Biodiversität, und er ist ein Ort, wo auch CO2 abgebaut wird. Der Wald hilft uns bei der Erfüllung der Klimaziele. Nicht zuletzt soll er aber auch für Bau- und Energiezwecke genutzt werden können. In diesem System ganz unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen die Balance zu finden, das ist die anspruchsvolle Aufgabe. Bisher ist diese Aufgabe sehr gut gelungen. Gerade im letzten Jahr, im Uno-Jahr des Waldes, wurde der Schweiz eine ausgezeichnete Waldgesetzgebung attestiert. Weltweit wurde dieses Vorbild mit dem Rodungsschutz und Rodungsersatz bei den verschiedenen Interessengruppen als zielführend dargelegt..

Deshalb ist es Bundesrat und Parlament ganz wichtig, die verschiedenen Interessen mit der Waldpolitik in Einklang zu bringen. So soll nur in Gebieten mit einer Zunahme des Waldes die Pflicht zum Rodungsersatz gelockert werden. Es gibt kein Primat für den absoluten Schutz des Waldes, sondern eine Abwägung mit allen Bedürfnissen von Mensch, Wirtschaft und Umwelt. In diesem Sinne hat die Mehrheit des Rates (ohne Gegenstimmen) zur Zufriedenheit der Umweltallianz eine massvolle Flexibilisierung festgesetzt.

Die Familie in der Verfassung

Im Grundsatz waren sich von rechts bis links fast alle einig zusammen mit der EVP: die Familie ist eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Zelle des Staates. Bereits heute hat der Bund ein breit gefächertes Instrumentarium zur Hand, um kinderbedingte Mehrkosten auszugleichen. Dazu zählen Familienbesteuerung, Familienzulagen, Mutterschaftsversicherung, Prämienverbilligung oder Kinderrenten. Die Familie soll aber neu grundsätzlich in der Verfassung verankert und damit der Bund in die Pflicht genommen werden. Wirtschaft und Politik sind sich in weiten Teilen einig, dass ein ausreichendes Angebot an Kindertagestätten und Tagesstrukturen zur Grundinfrastruktur einer modernen Gesellschaft gehören. Der Bundesrat, der die neue Verfassungsnorm unterstützt, erweitert sogar noch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf um „die Ausbildung“, weil bei jungen Familien oft Ausbildung und Erwerbstätigkeit gar nicht getrennt werden können. Der Bundesrat hat auch die Gelegenheit genutzt, die Harmonisierung der Alimentenbevorschussung zu stossen, falls die Kantone sich nicht einigen können. Das ist bitternötig, weil Mütter sehr unterschiedlich unterstützt werden beim Einfordern von Alimenten. Das Armutsrisiko „Kinder haben“ kann mit dieser Verfassungsnorm reduziert werden. Der Rat hat sie mit 110 : 68 Stimmen beschlossen.

Weiter beschloss der Nationalrat: (Quelle: Parlamentsdienste)

MANAGERLÖHNE: Der indirekte Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative steht. Die Räte haben die letzte Differenz bereinigt. Die Gesetzesrevision erfüllt die meisten Forderungen der Initiative, lässt den Aktionären aber mehr Spielraum

ABSTIMMUNGSFINANZIERUNG: Der Nationalrat hat mit 97 zu 72 Stimmen eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Ständerates abgelehnt, welche die Offenlegung der Finanzierungsquellen von Abstimmungskampagnen forderte. Die Mehrheit des Rates folgte dem Bundesrat, der die Machbarkeit bezweifelte angesichts der Anzahl Abstimmungen und der verschiedenen Abstimmungskomitees.

JUGEND UND MUSIK: Der Nationalrat hat den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "jugend + musik" in der Schlussabstimmung mit 139 zu 37 Stimmen gutgeheissen. Die Volksinitiative selbst empfiehlt er zur Ablehnung.

PROSTITUTION: Der Nationalrat will die Prostitution von 16- bis 18-Jährigen verbieten. Wer Liebesdienste von Minderjährigen in Anspruch nimmt, soll bestraft werden Die grosse Kammer hat vier Vorstösse mit dieser Forderung stillschweigend unterstützt.

EVP-Vorstösse der Frühlingssession

Maja Ingold:

- Interpellation**:** Weshalb dürfen Berufsfischer und Angler die Kormorane legal füttern? >>> zum Vorstoss

Marianne Streiff:

- Interpellation: Religionsfreiheit und Christenverfolgung in der Welt >>> zum Vorstoss

RELIGION:

Der Verfassungsartikel zu Kirche und Staat soll nicht durch einen neuen Religionsartikel ersetzt werden. Der Nationalrat hat eine Standesinitiative des Kantons Baselland abgelehnt. Dieser verlangte für das Verhältnis zwischen den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften zum Staat verbindlichere Regeln. Der Entscheid fiel mit 108 zu 40 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Weiter lehnte der Nationalrat mit 117 zu 29 Stimmen eine parlamentarische Initiative ab, in der der frühere EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) Verfassungs- und Gesetzesänderungen forderte, um "bewährte christliche und freiheitliche Werte" zu schützen.

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

Maja Ingold Marianne Streiff